

Wegen Atomwaffenstationierung in Deutschland:

Anzeige wegen Vorbereitung von Verbrechen gegen die Menschheit bei Polizeidienststelle ... erstattet

Vor- Nachname (alternativ: ... Personen) hat/haben heute bei der Polizeidienststelle Anzeige erstattet wegen Planung und Vorbereitung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Führenden Verantwortlichen in Politik und Militär wird vorgeworfen, im Rahmen der NATO-Nuklearpolitik Atomwaffen bereitzustellen, ihren Gebrauch zu trainieren und somit Vorbereitungen für deren Einsatz zu treffen. Schuldig machten sich hierbei:

- Die *politisch verantwortlichen Minister*: Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung, Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Berlin.
- *Deutsche SoldatInnen und DiplomatenInnen*, die im NATO Hauptquartier in Brüssel oder im SHAPE Hauptquartier, Mons, Belgien, für nukleare Planung und andere Bereiche der Nuklearpolitik verantwortlich sind.
- Der *Generalstabchef der deutschen Luftwaffe*, sowie die *Offiziere*, die für Aufgaben im Atomwaffenbereich zuständig sind.
- *Der Kommandant, die leitenden Offiziere und die Piloten des Militärstützpunktes Büchel*.
- *Der amerikanische Befehlshaber des EUCOM und die amerikanischen Soldaten des EUCOM*, Stuttgart Vaihingen, die an der Verbreitung dieser Atomwaffen beteiligt sind und die ihren eventuellen Einsatz vorbereiten.
- *Der amerikanische Kommandant des Militärstützpunktes in Ramstein, die leitenden Offiziere und die anderen amerikanischen Soldaten*, die an der Stationierung dieser Atomwaffen beteiligt sind und die ihren eventuellen Einsatz vorbereiten.

Entgegen dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag von 1996 werden auf den Militärstützpunkten Büchel und Ramstein weiterhin Atomwaffen stationiert. Diese Stationierung komme einer Vorbereitung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich. Zudem verstosse die NATO-Atomwaffenpolitik gegen die Abrüstungsverpflichtung aus Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags. Deutschland und die USA verstoßen auch gegen Artikel III bzw. I des Vertrages, die besagen dass Atomwaffenstaaten Nichtatomwaffenstaaten keine Atomwaffen überlassen bzw. Nichtatomwaffenstaaten keine in ihre Verfügungsgewalt bringen dürfen.

Die in ... vorgebrachte Anzeige ist Teil einer internationalen Aktion parallel zum NATO-Gipfel Ende November in Riga. In Deutschland rufen die Pressehütte Mutlangen, die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen und der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ dazu auf, um das Thema Atomwaffen auf der offiziellen Tagesordnung der NATO Mitgliedsstaaten zu platzieren.

Weitere Informationen:

Vor- und Nachname

www.gaaa.org und www.pressehuette.de